

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Jahrgang.

Nr. 852

Montag, 5. Dezember.

1892

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 3. Dezember, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Denkschrift über die Ausführungen der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzesentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds.

Abg. Dr. Stamm (nl.) beklagt es, daß das Militärpensionsgesetz dem Reichstage noch nicht vorliegt. Denn dasselbe sei die Voraussetzung für die Bewilligung des vorliegenden Gesetzes.

Schatzsekretär Frhr. v. Maltahn: Eine Novelle zum Militärpensionsgesetz liegt dem Bundesrath vor. Diese Frage sowie der vorliegende Entwurf müssen gleich und gleich behandelt werden.

Abg. Dr. Hartmann (kon.) erklärt seine prinzipielle Zustimmung zu der Vorlage, da der Invalidenfonds viel höher sei, als er für Pensionen in Anspruch genommen werde.

Abg. Richter (dfr.): Daß wir für eine Erweiterung der Invalidenversorgung Interesse haben, haben wir bewiesen durch unsere Anregung in der vorigen Session.

Abg. Richter (dfr.): Der Reichschatzsekretär hat hervorgehoben, daß er meine Ausführungen bereits in Art. 1 der „Freis. Ztg.“ gelesen habe. Ist denn seine Vorlage so haltlos, daß man jeden Tag neue Gründe dagegen geltend machen muß?

Es folgt die erste Berathung der lex Heinze.

Abg. v. Solleuffer (kon.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß der Polizei die Möglichkeit gegeben wird, die Prostitution zu kasernieren.

Abg. Gröber (Ztr.): Einzelne Bestimmungen des Entwurfs sind durchführbar, andere undurchführbar, noch andere von zweifelhafter Bedeutung.

Abg. Frhr. v. Suol (Ztr.) glaubt, daß die vom Abg. Richter vorgebrachten Einwände in einer Kommission näher geprüft werden müssen.

Schatzsekretär Frhr. v. Maltahn: Durch die Ausführungen des Abg. Richter bin ich nicht überrascht gewesen, denn ich habe sie bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorlage in der „Freisinnigen Zeitung“ gelesen.

Abg. Lucius (Rp.) wünscht Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Frhr. Stauffenberg (dfr.): Das Entscheidende ist, daß die Einzelstaaten so viel Matrikularbeiträge zu zahlen haben, wie durch das Staatsgesetz festgesetzt wird.

Staatssekretär Frhr. v. Maltahn erwidert, daß Unterstützungsfordernungen einzelner Bundesstaaten von der Reichsverwaltung niemals abgelehnt worden seien.

Abg. Richter (dfr.): Der Reichschatzsekretär hat hervorgehoben, daß er meine Ausführungen bereits in Art. 1 der „Freis. Ztg.“ gelesen habe.

Die Vorlage wird darauf an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. v. Solleuffer (kon.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß der Polizei die Möglichkeit gegeben wird, die Prostitution zu kasernieren.

Abg. Gröber (Ztr.): Einzelne Bestimmungen des Entwurfs sind durchführbar, andere undurchführbar, noch andere von zweifelhafter Bedeutung.

der Deffentlichkeit scheinen mir sehr widerspruchsvoll zu sein. Sie sind aber auch ganz und gar undurchführbar.

Abg. Schneider (Hamm; nl.): Der Prozeß Heinze hat Mißstände zu Tage gefördert, welche schon lange bekannt gewesen sind, auch bereits weite Kreise eingehend beschäftigt haben.

Abg. Träger (dfr.): In dem vorliegenden Falle würde ich, da die Vorlage ein allgemeines Interesse hat, ihre Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern befürworten.

Abg. Richter (dfr.): Der Reichschatzsekretär hat hervorgehoben, daß er meine Ausführungen bereits in Art. 1 der „Freis. Ztg.“ gelesen habe.

Abg. Gröber (Ztr.): Einzelne Bestimmungen des Entwurfs sind durchführbar, andere undurchführbar, noch andere von zweifelhafter Bedeutung.





